

# Preisschock beim Swiss Holiday Park

Der Swiss Holiday Park hebt die Preise für Jahresabonnements massiv an, während Gäste gleichzeitig über Leistungskürzungen klagen.

Interview: Erhard Gick

Verschiedene Leser und Leserinnen des «Boten» monieren massive Preisanpassungen im Swiss Holiday Park bei Abos und Jahresabos für die Bäderlandschaft. Thomas Holzmann, Leiter Marketing, nimmt im Auftrag der Geschäftsleitung Stellung zu brennenden Fragen.

**Der Swiss Holiday Park spricht von einer Erhöhung des Umsatzes um 50 Prozent seit der Übernahme durch die Reka. Gleichzeitig steigt der Preis für das Jahresabo für Bäder, Sauna und Therapie von 990 Franken auf 1280 Franken. Das ist eine Steigerung um fast 30 Prozent. Was ist der Grund dafür?**

Die Aussage zur Umsatzsteigerung von Roland Ludwig, Direktor Reka, bezog sich ausschliesslich auf die Beherbergungserträge, und dies dank den neuen Zimmern und vor allem dank einer höheren Auslastung. Die übrigen Bereiche sind operativ herausfordernd und müssen akribisch mit den Einnahmen und Aufwandskosten gesteuert werden. Historisch nachvollziehbar haben wir seit 2018 keine Preisanpassungen bei den Abonnements für die Saunalandschaft und die römisch-irische Therapie vorgenommen. Die jetzige Preisanpassung widerspiegelt zum einen die generelle, schon länger anhaltende Teuerung, insbesondere im Energiebereich. Die Strompreise sind seit der Energiekrise im Jahr 2022 nicht wieder auf die alten Preise gesunken und belasten unseren Betrieb nachhaltig. Zum anderen sind im Abopreis heute mehr Leistungen enthalten als früher.

**Viele Betriebe rechtfertigen Preissprünge mit den Energiekosten. Sie liessen verlauten, dass Sie dank Fernwärme und Abfallprodukten aus Ihrem Bauernhof an die Agro Energie AG massiv Heizöl einsparen.** Der Swiss Holiday Park verfügt über keine eigene Fernwärmeproduktion. Wir beziehen diese von der Agro Energie Schwyz AG. Die Annahme, dass bei uns keine externen Energiekosten anfallen, ist somit nicht zutreffend. Die Energiekostensteigerungen und die allgemeine Inflation schlagen in den letzten Jahren bei uns genauso durch



Der Swiss Holiday Park in Morschach passt nach Jahren seine Preise an. Dies als Folge von beispielsweise stark gestiegenen Energiekosten. Bild: Erhard Gick

wie bei anderen Betrieben. Andere Betriebe, die ebenfalls ein ähnliches, nicht staatlich finanziertes Sauna- und Therapieangebot anbieten, haben schon früher stetig die Preise entsprechend nach oben angepasst. Mit den neuen Tarifen ist der Swiss Holiday Park im Mitbewerberfeld weiterhin moderat und kundenfreundlich unterwegs.

**Ist das Umsatzwachstum primär das Ergebnis von Preiserhöhungen zulasten der Stammgäste statt einer echten organischen Expansion?**

Das Umsatzwachstum ist, wie bereits beschrieben, ausschliesslich auf die Beherbergung, und dies dank den neuen Zimmern und vor allem höherer Auslastung in den letzten Jahren, zurückzuführen. In einem ersten Schritt haben wir schon länger die Preise der Tagesgäste angepasst, und jetzt ziehen wir bei den Abonnenten nach.

**«Mit den neuen Tarifen ist der Swiss Holiday Park im Mitbewerberfeld weiterhin moderat und kundenfreundlich unterwegs.»**



Thomas Holzmann  
Leiter Marketing Swiss Holiday Park

**Früher war das Swiss-Holiday-Park-Badetuch freiwillig, jetzt ist es Pflicht. Warum entmündigen Sie Ihre Gäste, indem Sie Dienstleistungen zwangsweise verrechnen, obwohl viele Gäste ihr Badetuch lieber selbst mitbringen würden?**

Die Integration der Badetücher in das Abo ist keine versteckte Preiserhöhung. Mit den drei neuen Teestationen, dem Früchtebuffet und den inkludierten Handtüchern in der Sauna und der römisch-irischen Therapie sowie den bereits umgesetzten Teilrenovierungen, dem Ruheraum der Therapie und dem Massage- und Kosmetikbereich haben wir den Service für die Gäste deutlich erweitert. Mit der Pauschallösung schaffen wir einen transparenten und fairen Service für alle Gäste.

**Während die Preise massiv steigen, berichten Gäste von einem**

**sukzessiven Abbau: weniger Aufgüsse in der Sauna, weniger Aufsichtspersonal.**

Es trifft zu, dass die Aufgüsse in der Saunalandschaft aufgrund unvorhersehbarer Personalausfälle während rund drei Monaten kurzzeitig reduziert werden mussten. Grundsätzlich bieten wir schon seit Jahren im Sommer weniger Aufgüsse an als im Winter – dies ist saisonbedingt und den Frequenzen entsprechend angepasst. Mittlerweile ist der ursprüngliche Stand wiederhergestellt. Gleichzeitig haben wir in Erneuerungen investiert, um unserem gesamten Kundensegment einen Mehrwert zu bieten.

**Es stehen offensichtlich Sanierungen an, die zu Teilschliessungen führen könnten. Wird es für Abonnenten, die während dieser Zeit den vollen Preis zahlen, eine Entschädigung oder eine Laufzeitverlängerung geben?**

Umfassende Renovationsarbeiten sind zum heutigen Zeitpunkt nicht geplant. Weitere Teilrenovationsarbeiten werden, wenn möglich, in der Nacht umgesetzt. Wir sind immer bestrebt, dass unsere Gäste möglichst wenig Einschränkungen hinnehmen müssen. Es ist jedoch nicht auszuschliessen, dass Teilbereiche temporär betroffen sein können. Sollte ein solches Szenario eintreten, ist dies im Abonnementsvertrag seit Jahren klar geregelt.

**Was macht den Swiss Holiday Park nach dem Preisaufschlag besser?**

Preisanpassungen erfolgen aufgrund der marktwirtschaftlichen Entwicklungen und der gestiegenen Kosten. Wir haben schon in der Vergangenheit immer einen hohen Servicestandard geboten und die Anlagen stetig erneuert. Einige dieser Zusatzleistungen wurden schon allen Gästen vor der Preisanpassung zur Verfügung gestellt. Unsere Mitglieder profitieren zum Beispiel von 50 Prozent Rabatt auf unsere Parkgebühren. Es handelt sich nicht um versteckte Preisanpassungen – im Gegenteil: Wir haben bereits viel in die Infrastruktur investiert und werden dies auch weiterhin tun, um unseren Gästen ein hochwertiges Erlebnis zu bieten.

# Gössi will, dass Asylbewerber im Ausland untergebracht werden

Mit einer Motion fordert FDP-Ständerätin Petra Gössi den Bundesrat zum Handeln auf.

Jürg Auf der Maur

Die Schwyzer FDP-Ständerätin Petra Gössi macht Druck. Die Schweiz soll sich mit anderen Ländern zusammenschliessen und sich dem Return-Hub-Projekt, das die EU im Dezember vereinbarte, anschliessen.

Damit soll, so Gössi, eine «international koordinierte, rechtlich abgestützte Rückführung abgewiesener Asylsuchender ermöglicht werden». Das könnte ihrer Ansicht nach einen Beitrag leisten, das nationale Asylsystem und die Unterbringungskapazitäten zu entlasten.

Gemäss der Motion, die von weiteren FDP- und SVP-Ständeratsmitgliedern unterzeichnet worden ist, soll der Bundesrat deshalb beauftragt werden, sich an der Umsetzung von Projekten für sogenannte Return-Hubs zu beteiligen. Der Bundesrat soll die dafür notwendigen rechtlichen und operativen

Voraussetzungen schaffen, damit sich die Schweiz an solchen Rückkehrzentren beteiligen kann.

**Bundesrat lässt Aufträge einfach liegen**

Dass ein solches Vorgehen notwendig ist, steht für die Küssnachterin nicht zur Diskussion: Der Druck im Asylwesen, der derzeit auf den Gemeinden lastet, sei zu gross. «Das ist ein Grund, weshalb die Leute das Gefühl haben, dass die Schweiz nicht vom Fleck komme.» Der Druck sei zudem hoch, weil viele Asylsuchende ins Land kämen, die kein Anrecht auf Schutz hätten. «Die Schweizer Teilnahme an Return-Hub-Projekten» wäre ein Rezept, «tätig zu werden». Es sei notwendig, dass der Bundesrat aktiver werde, ergänzt Gössi. «Der Bundesrat hat bis jetzt zu wenig auf das Asylproblem reagiert. Das zeigen auch die Debatten, die derzeit rund um die SVP-Initiative zur so-

genannten 10-Millionen-Schweiz geführt werden.»

Die Erfolgsaussichten seien durchgezogen. «Der Ständerat könnte gegen den Willen der Linken und voraussichtlich auch des Bundesrates Ja sagen», schätzt Gössi. Das Parlament habe dem Bundesrat schon viele Vorstösse zum Asylwesen überwiesen: «Passiert ist aber noch nicht viel, und viele Vorstösse sind noch nicht umgesetzt, obwohl der Bundesrat den Auftrag dazu erhalten hat.» Offen sei aber auch, wie der Nationalrat als Zweitrat entscheidet.

**Mehr Erfolg dank gemeinsamem Abkommen**

Die Motion von Gössi nimmt Bezug auf einen Beschluss, den das EU-Parlament im vergangenen Dezember fällte. Abgelehnte Asylsuchende sollen in Drittstaaten gebracht und von dort aus in ihre Heimatländer zurückgebracht wer-



Petra Gössi, FDP-Ständerätin aus Küssnacht, will, dass der Bundesrat endlich etwas gegen den Druck im Asylwesen unternimmt. Bild: Keystone

den. Die Zentren sollen in Drittländern (etwa in Nordafrika oder Balkanstaaten) mittels bilateraler Abkommen entstehen. «Das Beispiel Italien, das in Albanien ein solches Zentrum aufbauen wollte und zurückgepfiffen wurde, zeigt, dass ein Alleingang nicht möglich ist. Sind es aber mehrere Länder, die gleichzeitig ein entsprechendes Abkommen unterzeichnen, kann dieser Weg eher umgesetzt werden», glaubt die FDP-Politikerin.

Bereits Kritik gegen den EU-Beschluss angemeldet hat Amnesty International. Die Menschenrechtsorganisation spricht von «menschlichem Rückschritt». Die geplanten Abschiebezentren würden «vorhersehbar zu willkürlicher Inhaftierung, zu menschenrechtswidrigen Zurückweisungen und zur Verweigerung grundlegender Verfahrensrechte» führen. Erste Hubs, so lauten Schätzungen, könnten bereits 2027 starten.